
Die ökonomische Krise des „realen Sozialismus“

Ota Šik

Immer wieder, wellenartig, entstehen in den Ostblockstaaten Widerstände des Volkes gegen die dort existierenden Regime. Sie sind Ausdruck einer latenten Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten, die bei – von Zeit zu Zeit eintretenden – äußersten Mißständen, Spannungen und Wutanhäufungen beim Volk in offene Konflikte – wie zur Zeit in Polen – umschlagen. Es ist vor allem die Unzufriedenheit der Völker mit ihrem Lebensstandard, welcher immer mehr hinter dem der westlichen Industriestaaten zurückbleibt, mit den nichtendenden Versorgungslücken; mit dem immer wieder eintretenden Mangel an fundamentalen, lebenswichtigen Gütern, mit der kleinen Auswahl von Waren, die im Durchschnitt von niedriger Qualität und technisch veraltet sind, usw.

Die Unzufriedenheit wird dann besonders verstärkt durch die immer mehr ins Bewußtsein der Menschen dringende Erfahrung, daß alle Mängel überflüssig sind, daß sie durch das sowjetische, dirigistische Planungssystem selbst hervorgerufen werden, und daß dieses mit Hilfe der kommunistischen stark bürokratisierten Alleinherrschaft und unter dem politischen Druck der sowjetischen Macht in den Ostblockstaaten aufrechterhalten wird. Mit Hilfe dieses politischen Druckes wird ein System erhalten, dessen anarchische Wirkung in der Wirtschaft bereits über 55 Jahre von denkenden sozialistischen Ökonomen kritisiert wird, und dessen Verluste weit größer sind, als die Verluste, welche die kapitalistische, von den Marxisten seit jeher als anarchisch bezeichnete Wirtschaft hervorruft.

1924 schrieb L. N. Kricman, ein bekannter russischer Ökonom, der zur trotzkistischen Gruppe gezählt wurde, eine theoretische Abhandlung über die „Anarchie der proletarisch-naturalen Gesellschaft zum Unterschied von der Anarchie der kapitalistischen Warenwirtschaft“

(L. N. Kricman, Geroiceskoj period velikoj ruskoj revolucii, Vestnik kommunisticeskoj akademii, Nr. IX., Moskau, 1924).

Während die kapitalistische Anarchie dadurch charakterisiert sei, daß das Angebot größer als die Nachfrage ist, weil die Verteilung von Waren marktmäßig, anarchisch verlaufe, sei in der sozialistischen Wirtschaft die Nachfrage beständig größer als das Angebot, weil der zentrale Plan nicht von den wirklichen Bedürfnissen der Betriebe und Verbraucher ausgehe und so eine Anarchie der proletarischen Wirtschaft entstehe.

Seit 1924 ist viel Wasser verflossen, aber die Anarchie der sowjetischen Wirtschaft hat nicht ab-, sondern zugenommen. Eines der typischen Zeichen dieser Anarchie sah schon Kricman in den „Sturmaktionen“ und Arbeitsmobilisationen, mit welchen man stoßweise versuchte, die beständigen Versorgungslücken zu überbrücken. Bis heute sind die Versorgungslücken nicht kleiner, sondern größer und häufiger geworden und die Sturmaktionen, Überstunden und „freiwilligen“ Arbeiten an Sonn- und Feiertagen sind weiterhin die allgemeinen „Heilungsmethoden“ geblieben.

Die Verluste, die die Gesellschaft erleidet, gehen jährlich in die Milliarden. Einerseits existieren ständig Engpässe – wochen-, monate- und jahrelang fehlen verschiedenste geläufigste und gewöhnlichste Produkte am Markt, welche die Bevölkerung und die Betriebe als Konsumenten nicht bekommen können. Auf der anderen Seite werden dauernd Güter produziert, die niemand braucht, mit welchen nur die Betriebe leicht ihren Plan erfüllen und mit welchen die absurd wachsenden Lager bei den Abnehmern vergrößert werden (wenn es Produktionsmittel sind, dann bei den Betrieben und materiell-technischen Versorgungsorganisationen, wenn es Konsumgüter sind, dann beim Großhandel).

In der Tschechoslowakei sind im Jahre 1978 diese Vorräte gegenüber dem Vorjahr bereits um 22,23 Mrd. Kčs angewachsen und erreichten den Gesamtumfang von 443,26 Mrd. Kčs (Statist. Jhb. der ČSSR 1979, S. 162–165). Das ganze Volkseinkommen in laufenden Preisen machte in diesem Jahr nur 436,74 Mrd. Kčs aus (Statist. Jhb. der ČSSR 1979, S. 130), sodaß die Vorräte im Verhältnis zum Volkseinkommen 101,5 Prozent ausmachten. Da das Volkseinkommen 1978/1977 nur um 19,9 Mrd. Kčs, d. i. um 4,55 Prozent, gewachsen ist, war der Zuwachs der Vorräte, der 5,3 Prozent ausmachte, bereits größer als der Zuwachs des Volkseinkommens.

Wenn wir damit die relative Vorratsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland vergleichen, so wird dieser Vergleich allein schon zur schweren Anklage des „sozialistischen“ Wirtschaftssystems. In der BRD machten die Vorräte im Jahre 1978 in laufenden Preisen 326,30 Mrd. DM (Information Wirtschaftsministerium Bonn, November 1980) aus. Das Nettosozialprodukt zu laufenden Marktpreisen, das nach Abrechnung der Wertschöpfung der nichtproduktiven Dienstleistungen und privaten Haushalte (also reduziert um 14,67 Prozent) ungefähr der Berechnungsweise des Volkseinkommens in der ČSSR entspricht, machte 975,11 Mrd. DM aus (Statist. Jhb. 1980, S. 507, 509). Das Verhält-

nis der Vorräte zum Volkseinkommen lag hier also bei 33,46 Prozent. Der Zuwachs von Vorräten betrug 1978/1977 12,4 Mrd. DM, was 3,95 Prozent ausmacht, während der Volkseinkommenszuwachs in laufenden Preisen 79,8 Mrd. DM betrug, d. s. 7,51 Prozent.

Da die tschechoslowakischen Vorräte nur in laufenden Preisen statistisch wiedergegeben werden, müssen wir alle Angaben, also auch den Volkseinkommenszuwachs, in laufenden Preisen festhalten. Damit kann natürlich die Inflation nicht eliminiert und der reale Volkseinkommenszuwachs, der kleiner ist, nicht festgehalten werden. Uns geht es hier jedoch nicht um das absolute Wachstum, sondern um den Vergleich der Vorratsentwicklung im Verhältnis zur Volkseinkommensentwicklung, was auch in laufenden Preisen geschehen kann. In diesem Vergleich treten die enormen Verluste der tschechoslowakischen Wirtschaft klar zu Tage, denn diese braucht im Verhältnis zum Volkseinkommen dreimal so hohe Vorräte wie die Bundesrepublik, was von der anarchischen, immer mehr an dem realen Bedarf vorbeierzeugenden und unnötige Güter liefernden „sozialistischen“ Produktion zeugt.

Aber auch für das Wachstum des Volkseinkommens braucht die „sozialistische“ ČSSR wesentlich mehr Investitionen als die Bundesrepublik, was ein Zeugnis des technischen Rückstandes der investiv geschaffenen Produktionskapazitäten in der ČSSR ist. Für einen Zuwachs des realen Volkseinkommens (in konstanten Preisen) von 11,23 Mrd. Kčs, d. i. um 2,73 Prozent im Jahre 1978, brauchte man im Jahre 1977 einen Anteil der Nettoinvestitionen am Volkseinkommen (Nettoinvestitionsquote) von 24,19 Prozent, d. i. umgerechnet, für 1 Prozent Volkseinkommenswachstum, eine Nettoinvestitionsquote von 8,86 Prozent (Stat. Jhb. 1979, S. 134, 137). In der Bundesrepublik benötigte man im gleichen Jahr für den realen Volkseinkommenszuwachs (in konstanten Preisen) von 24,73 Mrd. DM, d. i. um 3,46 Prozent, eine Nettoinvestitionsquote im Jahre 1977 von 12,72 Prozent (Stat. Jhb. 1980, S. 507, 519). Das macht umgerechnet, für 1 Prozent Volkseinkommenswachstum, eine Nettoinvestitionsquote von nur 3,67 Prozent.

Bekanntlich, je größer der Anteil der Nettoinvestitionen am Volkseinkommen ist, um so kleiner muß der Anteil der Konsumtion am Volkseinkommen sein. Die riesigen Verluste, die durch die Fehlproduktion, anwachsende Lager unnötiger Produkte und übermäßige (weil technisch rückständige) Investitionsentwicklungen in der Wirtschaft fast aller Ostblockstaaten entstehen, gehen alle zu Lasten der Konsumtion der Bevölkerung und lassen bei ihr in wachsendem Maße das Bewußtsein eines unsinnigen, anarchischen Wirtschaftssystems entstehen.

Kricman sah einst die Ursache in dem bürokratischen und ungenügend wissenschaftlich aufgebauten Plan. Inzwischen werden Computer bei der Planaufstellung benützt und die Erfahrungen der Planer sind Erfahrungen von mehr als 50 Jahren. Aber die Mängel und die Verluste sind nicht kleiner, sondern größer geworden. Viele Apologeten des sowjetischen Systems werden versuchen die Sache als Kinderkrankheiten herunterzuspielen. Inzwischen sind aber die Menschen, die im

Jahre 1924 kleine Kinder waren, zu Greisen geworden, leiden aber bis heute schwer an den andauernden Krankheiten des Wirtschaftssystems.

Andere Apologeten werden wieder behaupten: „Wir brauchen noch viel mehr Computer, ein riesiges Computersystem und Computerspezialisten.“ Aber selbst mit modernsten Computern wird sich das Problem nicht lösen lassen, denn die Ursache dieses Grundmangels besteht nicht in einer ungenügenden Planungstechnik und zu wenig Planungsfachleuten, sondern in einem ungelösten, grundlegenden Widerspruch zwischen den Interessen der Menschen als Produzenten und ihren Interessen als Konsumenten, die sich in diesem System nicht laufend ausgleichen können.

Es ist weder ein gnostisches noch ein technisches Problem, sondern ein Interessenproblem, und dieses ist nicht Ausdruck eines ungenügend entwickelten „sozialistischen Bewußtseins“, wie viele Verteidiger dieses bürokratischen Systems behaupten werden. Die Interessen der arbeitenden Menschen entstehen aufgrund der Arbeits- und Konsumtionsverhältnisse, in welchen sie leben – das sind Verhältnisse, die langfristig unveränderbar sind.

Die Arbeitsbedingungen sind charakterisiert durch eine relativ lange Arbeitszeit, große Unterschiede zwischen den Arbeiten verschiedener Berufe, was die Schwierigkeit, Monotonie, Attraktivität etc. anbetrifft. Für die große Mehrheit der Menschen wurde ihre Arbeit nicht zur Freude und zum ersten Lebensbedürfnis, sondern ist weiterhin eine schwere Bürde. Sie arbeiten, um zu verdienen, um mehr zu verdienen und um ihre Konsumtion und ihr Leben zu verbessern.

Die Konsumtionsverhältnisse sind charakterisiert durch die relative Knappheit fast aller Güter. Die latenten Bedürfnisse der Menschen können nicht alle befriedigt werden. Sie müssen ökonomisch, einkommensmäßig begrenzt werden und an die unterschiedlichen Arbeitsleistungen gebunden werden. Deshalb existieren natürlich große Unterschiede in der Konsumtion und im Lebensstandard der Menschen.

Unter diesen Bedingungen bleibt die ökonomische Motivation der Arbeit für die Gesellschaft entscheidend. Dies wird auch in der UdSSR nicht bestritten und schon seit Lenins Zeiten wurde die Bedeutung der ökonomischen Motivation hervorgehoben. Aber die daraus folgenden weiteren grundlegenden Konsequenzen werden und wollen nicht gesehen werden, weil sie bereits im Widerspruch zum Machtinteresse der herrschenden Bürokratie stehen!

Es gibt drei entscheidende Konsequenzen, ohne welche die Anerkennung der entscheidenden Rolle der ökonomischen Motivation innerhalb der sozialistischen Wirtschaft für die Effektivität der Wirtschaft sinnlos bleibt. Ich werde diese drei Konsequenzen nun erklären:

1) Die erste Konsequenz ist die Anerkennung der Notwendigkeit sozialistischer Marktbeziehungen zwischen kollektiven Eigentumsbetrieben.

Nicht die Arbeit einzelner Individuen, sondern nur die Arbeit ganzer riesiger Betriebskollektive ist die Grundlage der Versorgung der Gesell-

schaft. Nur die gemeinsame Arbeit des Gesamtarbeiters, wie dies schon Marx formulierte, ist verantwortlich für das gesellschaftlich benötigte Produktionsresultat. Das heißt, daß nicht nur der einzelne Arbeiter, aber vor allem der relativ selbständige Betrieb, die Betriebsleitung und das Betriebskollektiv, die über die konkrete Produktionsentwicklung entscheiden, ökonomisch zu einer möglichst optimalen Produktionsentwicklung motiviert werden müssen.

Auch nicht mit Hilfe eines kompliziertesten Computersystems kann ein den Betrieben übergeordnetes Organ die komplexe Entscheidungsfällung von betrieblichen Leitungsorganen ersetzen. Die riesige Menge von Variablen innerhalb eines großen Industriebetriebes, der Tausende von konkreten Produktarten mit komplizierten Techniken und Technologien erzeugt, die sich noch dazu beständig entwickeln und ändern müssen, macht es für ein überbetriebliches Organ unmöglich

- herauszufinden, welches die jeweils optimalen Entscheidungen eines Betriebes sind,
- die einzelnen Betriebe mittels Entlohnungs- und Prämiensystemen zu ihren eigenen optimalen Entscheidungen zu motivieren.

Die Anpassung an die beständige Entwicklung und Änderung der Mikrostruktur und Proportionen der Produktion, der Organisation, der Technologie, der Produktivität und der Kosten der Produktion wird nur eine Produktionsleitung und ein Kollektiv zustande bringen, die durch ihre Einkommensentwicklung daran interessiert sind.

Nur ein Marktmechanismus – trotz aller seiner Mängel und Unvollkommenheiten – kann die Betriebe zwingen das Optimum zu suchen und auftretende Fehler in ihren Entscheidungen ständig und so schnell wie möglich zu korrigieren. Der Marktmechanismus ist ein kompliziertes kybernetisches System, in welchem Fehlentscheidungen einzelner Betriebe sich im Betriebsergebnis niederschlagen und durch dieses Feedback schnellstens wieder korrigiert werden.

Die Aversion der Marxisten gegen den Markt entspricht vor allem ideologisch simplifizierten ökonomischen Theorien, die

- i. die innere Kompliziertheit des Marktmechanismus und seine Unersetzlichkeit durch einen Plandirigismus nicht reflektiert haben;
- ii. die Problematik der menschlichen Interessen und ihrer Motivation auch bei einem kollektiven Produktionsmitteleigentum unterschätzt haben;
- iii. nicht den Unterschied zwischen dem Wesen des Marktmechanismus und seiner kapitalistischen Form, sowie seiner monopolistischen Verzerrung begreifen, und daher auch die Spezifik eines sozialistischen Marktes nicht erkennen.

Zu dieser ideologischen Fehlbetrachtung gesellt sich in den Staaten des sowjetischen Machtbereiches das Interesse der herrschenden Bürokratie, den zentralen Plandirigismus aufrechtzuerhalten und eine marktmäßige Verselbständigung der Betriebe zu verhindern. Dieses Interesse wiegt heute noch viel stärker als ideologische Vereinfachungen, da diese – ohne Existenz des Machtinteresses – schon längst überwunden worden wären.

Es gibt zwei entscheidende Interessengründe der Machtbürokratie gegen einen sozialistischen Marktmechanismus:

- i. Nur mit Hilfe des zentralistischen Plandirigismus können militaristische Großmachtziele realisiert werden und eine riesige Schwerindustrie als Basis der Rüstungsindustrie auf Kosten der Konsumgüterindustrie gefördert werden.

Es ist nicht wahr, daß der Sozialismus heute nur mit Hilfe einer ständig wachsenden militärischen Macht erhalten und erweitert werden könnte. Statt auf die Attraktivität einer wirklich sozialistischen Gesellschaft für die breitesten Schichten der arbeitenden Menschen in der ganzen Welt zu bauen, wird die Erweiterung des Moskauer hegemonialen Einflusses mit Hilfe von Waffenlieferungen, Militärexperten und Söldnertruppen auch an völlig unsozialistische diktatorische Regierungen in der ganzen Welt verfolgt.

Diese imperiale Großmachtstellung kann nur mittels einer dirigistischen Vergewaltigung der Wirtschaft realisiert werden. Sie könnte bei Existenz eines realen Marktmechanismus zwischen selbständigen sozialistischen Betrieben von den stalinistischen Kräften nicht durchgesetzt werden.

- ii. Nur mit Hilfe des zentralistischen Plandirigismus kann ein riesiger bürokratischer Apparat erhalten und ständig erweitert werden.

Die gewaltige politische Bürokratie, die großzügige Privilegien genießt und von der Bevölkerung weitgehend entfremdet ist, kann monopolistisch die ganze Gesellschaft beherrschen und ihr ihren Willen nur dadurch aufzwingen, daß sie die Produktionsbetriebe und alle Wirtschaftsinstitutionen völlig in der Hand hat. Sobald sie die Verselbständigung kollektiver Eigentumsbetriebe mit Selbstverwaltungsräten und von der zentralen Bürokratie unabhängigen Betriebsleitungen zulassen würde, würde sie nicht nur ihre Macht über die Wirtschaft verlieren, sondern wäre zu einem großen Teil als Herrschaftsschicht auch völlig überflüssig.

Das sind die zwei entscheidenden aus der Interessenlage resultierenden und daher auch politischen Gründe, warum die Bürokratie jeden Versuch um die Verselbständigung kollektiveigener Betriebe und die Einführung sozialistischer Marktbeziehungen immer gewaltmäÙig unterdrückt und auch keine sachliche Diskussion in dieser Richtung zuläßt.

Wenn man die Notwendigkeit von Marktbeziehungen zwischen kollektiven Eigentumsbetrieben als erste Konsequenz in den heutigen Arbeits-, Konsumtions- und Interessenbedingungen einsieht, dann verlangt dies aber auch weitere zwei Konsequenzen klar anzuerkennen, denn sonst bleibt die erste allein wenig wirksam.

2) Die zweite Konsequenz aus der Anerkennung der entscheidenden Rolle der ökonomischen Motivation besteht in der Erkenntnis, daß Marktbeziehungen nur dann positiv wirken können, wenn es einen wirklichen Wettbewerb zwischen relativ selbständigen Produktions- und Handelsbetrieben gibt und wenn aufgrund dessen sich auch parametrische Marktpreise bilden können, die einen Einfluß auf die konkreten Produktionsentscheidungen haben.

Wenn ein ökonomisch motivierter, sozialistischer Produktionsbetrieb, der über die konkrete Mikroproduktionsstruktur von Tausenden von Produkten entscheidet, auch beständig so entscheiden soll, daß es den Interessen der Konsumenten entspricht, dann müssen die Konsumenten bei ihrem objektiv existierenden Bestreben nach einer Maximierung ihres Grenznutzens auch einen realen Einfluß auf die Preisbewegung haben.

Die simplifizierte Theorie und Praxis, gemäß welcher ein zentrales Preisorgan die Preise dirigistisch fixiert und dies nach einer allgemeinen Preisformel (sei es als Wertpreise, Produktionspreise, Zweikanal-, oder Dreikanalpreise), sowie in langen Zeitabständen allgemeine Preisreformen durchführt, ignoriert den real existierenden Widerspruch zwischen dem Gewinninteresse sozialistischer Produzenten und dem Interesse an einer Nutzenmaximierung der Konsumenten auch innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft.

Nur die völlige Ignorierung der Interessenproblematik in der dogmatischen marxistischen Staatstheorie konnte die Vorstellung und Praxis einer zentralen Preisbildung hervorrufen, bei welcher die Preise langfristig unbeweglich bleiben. Sie bleiben unbeweglich, unabhängig von den notwendigerweise ständig entstehenden Widersprüchen zwischen der Produktionsstruktur, die durch das Einkommensmaximierungsinteresse der Produktionsbetriebe bestimmt wird, und der sich ändernden Nachfragestruktur der Konsumenten, die ihre höchste Bedürfnisbefriedigung anstreben. Aufgrund dessen gibt es ständig unbefriedigte Nachfrage auf der einen Seite und überflüssige Angebote auf der anderen Seite.

Noch schlimmer jedoch ist, daß vom Markt her keine Signale und Motivationen entstehen, um die Produktionsstruktur in den Betrieben schnell und flexibel der Nachfragestruktur anzupassen.

Nur dann, wenn es innerhalb jeder Produktionsbranche mehrere selbständige Betriebe gibt, zwischen welchen ein Wettbewerb um die Käufer existiert, werden diese Betriebe auch wirklich sich anstrengen so zu produzieren, daß die Bedürfnisse der Konsumenten befriedigt werden und die Produktion die effektivste Ausnützung und qualitative Weiterentwicklung aller Produktionsmöglichkeiten sucht.

Bei der absoluten Monopolisierung der Produktionsbranchen im Sowjetsystem gibt es keinen Wettbewerb zwischen den Produktionsbetrieben, keine freie Wahlmöglichkeit der Konsumenten, und die Produzenten werden zu uneingeschränkten Herren über die Konsumenten.

Und hier kommen wir zu der dritten Konsequenz aus der Anerkennung der entscheidenden Rolle der ökonomischen Motivation:

3) Es ist die Erkenntnis, daß nur bei Existenz eines Käufermarktes ein wirklicher Wettbewerb zwischen den Produktionsbetrieben existiert, die Bedürfnisse der Konsumenten respektiert werden müssen, und die Gewinne der Produzenten nicht auf Kosten der Konsumenten und der Gesellschaft hochgetrieben werden können.

Ein Käufermarkt ist ein Markt, bei welchem das gesamte Warenangebot immer etwas größer ist als die Gesamtnachfrage. Nur bei diesem

Vorsprung des Angebotes sind die Produzenten wirklich interessiert, die Bedürfnisse der Konsumenten zu beachten, ihr Produktionspotential beständig zu verbessern und die Produktionseffektivität zu steigern.

Seit Anfang an existiert jedoch in allen sozialistischen Staaten ein Verkäufermarkt, bei welchem die Gesamtnachfrage beständig größer ist als das Gesamtangebot. Das hat seinerzeit eben schon Kricman in der UdSSR kritisiert und daran hat sich bis heute nichts geändert.

Die arbeitenden Menschen werden für eine formelle Planerfüllung voll bezahlt, aber die Mikrostruktur der Produktion entspricht nicht der Struktur ihrer Bedürfnisse. Sie kommen mit ihrem Geld auf den Markt, bekommen dort aber nicht all die Produkte, die sie benötigen.

Dasselbe gilt für die Betriebe als Konsumenten – auch diese haben Geldmittel für die globale Planerfüllung erhalten, bekommen dafür aber nicht alle Produkte, die sie wieder benötigen. So entsteht ein ständiger Überhang der Nachfrage gegenüber dem Angebot und ein typischer Verkäufermarkt.

Die Produzenten können im Grunde alles verkaufen was sie produzieren, weil ein laufender Warenhunger existiert. Der Großhandel, die materiell-technischen Versorgungsorganisationen und die Betriebe als Konsumenten reißen den Produzenten förmlich alle Waren aus den Händen. Die Großabnehmer kaufen alles, was sie bekommen können, bilden Lager auch nichtbenötigter Produkte bei sich, um sich für die Zukunft abzusichern. Sie haben die Erfahrung gemacht, daß das, was sie heute bekommen können, morgen überhaupt nicht mehr zu haben sein könnte.

So bilden sich die Lager nichtbenötigter Produkte nicht bei den Produzenten, sondern bei den Abnehmern. Daraus entsteht aber ein *Circulus vitiosus*.

Je leichter die monopolisierten Produzenten alles was sie produzieren absetzen können, umso weniger brauchen sie sich bei der Bestimmung ihrer Produktionsstruktur und Produktionsverbesserung anzustrengen. Sie bestimmen ihre Produktion so, wie es für sie am leichtesten ist, wie sie mit kleinster Anstrengung und wenig Arbeit die größten Gewinne erzielen können.

Ihre Produktion wird also von den einseitigen Produzenteninteressen bestimmt und ignoriert die Interessen der Konsumenten. Sie verspüren keinen Druck von Konkurrenten und vom Markt her – sie können alles verkaufen, was sie produzieren und sie werden zu absoluten Herren den Konsumenten gegenüber. Ein jeder Betrieb als Konsument leidet darunter, weil ihm ständig wichtige Produktionsmittel für seine Produktion fehlen, aber als Produzent verhält er sich genauso.

Ein jeder Betrieb versucht sich abzusichern und legt Lager an von allem, was er bekommen kann. Aber umso leichter wird es wieder für einen jeden Produzenten seine eigene Produktion und Gewinne mit einer Produktionsstruktur, die der Nachfragestruktur nicht entspricht, zu steigern. So entsteht der nichtendende *Circulus vitiosus*, von den zwanziger Jahren her, bis heute.

In einer solchen Situation hat es auch wenig Sinn, die Betriebe durch Gewinnprämien an der Gewinnsteigerung zu interessieren. Es zeigt sich, daß die Gewinne am leichtesten durch Strukturmanipulationen, Qualitätsverschlechterungen und verdeckte Preissteigerungen angehoben werden können. Bei einem Verkäufermarkt, verbunden mit einer absoluten Monopolisierung, wird also das Gewinninteresse auf Kosten der Konsumenten und der ganzen Gesellschaft durchgesetzt.

Schon im Kapitalismus, bei wachsender Monopolisierung und einer Inflation, welche Tendenzen zu einem Verkäufermarkt schafft, beginnt eine starke Produktionsmanipulation auf Kosten der Konsumenten. Entsteht dann aber eine absolute Staatsmonopolisierung wie im Sozialismus, so schafft dies Bedingungen, in welchen sich die einseitigen Produzenteninteressen so stark durchsetzen können, daß die Wirtschaft und Gesellschaft nie dagewesene Verluste zu erleiden hat, der qualitative und technische Fortschritt ungemein gehemmt wird, und die Konsumtion und das Lebensniveau der arbeitenden Menschen immer mehr hinter dem der kapitalistischen Wirtschaft zurückbleibt.

Auf diese Widersprüche gibt es nur zwei mögliche Reaktionen:

- 1) eine ideologisierte, dogmatische
- 2) eine ökonomisch-realistische.

Die dogmatische versucht weiterhin die realen ökonomischen Interessen der Menschen zu ignorieren und sucht die Lösung in moralischen Einwirkungen, in der Umerziehung der Menschen und in ihrer Ablenkung von materiellen Bedürfnissen.

In der Praxis sind die moralischen Appelle in allen sozialistischen Staaten gescheitert (nicht nur z. B. in der UdSSR selbst, sondern auch in Kuba, China). Die Notwendigkeit von ökonomischen Motivationen wurde schließlich anerkannt. Nur ist man leider wegen ideologischer Dogmen und bürokratischer Machtinteressen auf halbem Wege stehen geblieben. Man hat zwar Gewinninteressen geschaffen, hat gleichzeitig aber eine wirkliche Verselbständigung der Betriebe, Marktpreise und einen Wettbewerb zwischen den Betrieben verhindert.

Dadurch ist alles noch schlimmer geworden, denn in einem Verkäufermarkt, bei absoluter Monopolisierung, bei staatsbürokratischer Leitung und bei vom Staat abhängigen Direktoren in der Wirtschaft, können gegen die einseitigen Interessen der Produzenten die Interessen der Konsumenten überhaupt nicht aufkommen. Es gibt keinen Interessenausgleich und die Interessen der Monopolisten werden zu absolut dominierenden Interessen.

Die einzig richtige Reaktion ist die ökonomisch-realistische, die die entscheidende Rolle der ökonomischen Motivation in den noch lange bestehenden Arbeits- und Konsumtionsverhältnissen anerkennt und daraus auch alle notwendigen Konsequenzen zieht.

Es muß die Notwendigkeit eines realen Marktmechanismus anerkannt werden, d. h. aber auch die zielbewußte Förderung eines Wettbewerbes zwischen selbständigen Kollektivbetrieben innerhalb jeder Branche, die Bildung von freien Marktpreisen und die Erhaltung eines Käufermarktes.

Dies ist keineswegs gleichbedeutend mit der Wiedereinführung kapitalistischer Verhältnisse oder des sozialen Gegensatzes zwischen Lohn- und Gewinninteressen, und das bedeutet schon gar nicht, daß der Markt heute allein, ohne Makroplanung, imstande wäre, die riesigen Entwicklungsprobleme einer Industriegesellschaft zu lösen.

Es bedeutet auch nicht, daß die Anerkennung der entscheidenden Rolle der ökonomischen Interessen zu einer Ignorierung der immer stärker anwachsenden nichtökonomischen Interessen der Menschen führen könnte. Der Mensch ist nicht nur ein homo oeconomicus, sondern er ist ein komplexer Mensch, dessen Interessen an wachsender Arbeitszufriedenheit, an Mitentscheidung und Partizipation, an Identifikation mit seinem Betrieb und seiner Umwelt, an Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung, zu immer stärkeren Interessen werden.

Alle Gesellschaftsänderungen müssen solcher Art sein, daß diese nichtökonomischen Interessen der Menschen sich immer stärker durchsetzen können, daß die arbeitenden Menschen immer mehr zu freien Schöpfern ihrer Zukunft werden. Dazu ist es nötig, daß die Menschen mit Hilfe einer realen Wirtschafts- und Gesellschaftsdemokratisierung, sowohl in der Mikro- als auch Makrosphäre, zu aktiven, gleichberechtigten, mitbestimmenden und mitentscheidenden Menschen werden.